

Wilsdruffer Tageblatt

Verleger: Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilt (auch mit Rücksicht auf den 1. und 2. Jahrgang) 5 für den folgenden Tag, bezugsfrei bei
Bestellung monatlich 20, durch unsere Vertreter jagenoten in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande
20, durch die Post bezogen monatlich 20, mit Zustellungsgeld. Alle Poststellen und Postämter sowie
andere Händler und Geschäftsleute können jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle einer Verweigerung, Abzug oder
andere Zustellungsveränderungen, hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitungen oder Abzüge des Bezugspreises.



Interessante 20. Nr. 6 ist ein gelbliches Kropfgeschwür über deren Namen, Namen, die 2. Jahrgang 20. Nr. 6
Ziel Wiederholung und Jahreszahl 1922. Bekanntmachung im amtlichen Teil (aus dem
Zweck) die 2. Jahrgang 20. Nr. 6. Nach dem 1. Jahrgang 20. Nr. 6. Nach dem 1. Jahrgang 20. Nr. 6.
10 Uhr. Für die Mängel der durch Fernruf übermittelten Nachrichten überlassen wir keine Haftung. Jeder Nachdruck
ist strafbar, wenn der Beitrag durch Fälschung eingeleitet wurde oder der Auftraggeber in Kenntnis d. d.

Ersteht seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Druckver: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Böttig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 217

Sonnabend den 16. September 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Brotversorgung. Nach Gehör des Ernährungsausschusses wird für das Gebiet des Kommunalverbandes Meißen-Stadt und -Land für die aus Umlagegetreide hergestellten Erzeugnisse an Mehl und Brot folgendes bestimmt:

I. Mehlpreise.

1. Der Höchstpreis, den die Bäcker und Mehlhändler für den dz Mehl, frei Bäckerslager, an die Mühle zu entrichten haben, beträgt ab 18. September 1922

1513,— Mark für 85%iges Roggenmehl und 75%iges Gerstenmehl,
1573,— Mark für 85%iges Weizenmehl.

2. Die Bäcker und Mehlhändler haben vom 15. September 1922 ab bei der Ausstellung der Bezugscheine für den dz Mehl 40 Mark Gebühr zu entrichten.

3. Die **Mehlhöchstpreise**, welche die Bäcker und Mehlhändler fordern dürfen, betragen für die vom 18. September 1922 ab geltenden Brotmarken beim Bezugs von weniger als 20 kg:

für Roggen- und Gerstenmehl:		für Weizenmehl:	
18,— Mark für	1 kg	19,50 Mark für	1 kg
20,50 " " "	1140 g	22,26 " " "	1140 g
5,40 " " "	800 g	5,85 " " "	800 g
4,35 " " "	240 g	4,70 " " "	240 g
1,10 " " "	60 g	1,20 " " "	60 g

II. Brotpreise.

Die Brotpreise für das Schwarzbrot betragen für die vom 18. Sept. 1922 ab geltenden Brotmarken:

8,80 Mark für das Pfund, 17,20 Mark für 2 Pfund, 25,80 für 3 Pfund und 33,— Mark für das 1900-g-Brot.

III. Verschiedenes.

1. An den in der Bekanntmachung vom 10. August d. J. erlassenen Vorschriften wird nichts geändert.

2. Mit Rücksicht auf den Mangel an Weizenmehl dürfen Semmeln aus Umlage- und weiterhin noch nicht hergestellt werden.

3. Erfolgt vor dem 18. September eine Herausgabe von Brot- und Mehlmengen auf Brotmarken, die erst am 18. September Gültigkeit erlangen, so sind bereits die neuen Preise zu zahlen.

4. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden nach dem Reichsgesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 4. Juli 1922 bzw. auf Grund des Höchstpreissetzes bestraft.

Meißen, am 14. September 1922.

Kommunalverband Meißen-Stadt und -Land (Amtshauptmannschaft).

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichskanzler mahnte in einer politischen Rede auf dem Industrie- und Handeltage in Berlin zur Besonnenheit und warnte vor leichtfertigen Krisengerüchten.

* Reichsbankpräsident Hakenstein wurde vom Kabinett nach London geschickt, um mit der Bank von England über Garantieleistungen für die deutschen Schatzwechsel zu verhandeln.

* Die Stadt Berlin hat einschneidende Sparmaßnahmen für den Winter beschlossen, u. a. Einstellung der öffentlichen Bauten und Schulschluß für sechs Wochen.

* Nach einer Mitteilung der Hagag über den Untergang des Dampfers „Gammorra“ werden insgesamt noch 15 Personen vermißt.

* Der Orientkrieg droht auf die Balkanhalbinsel überzugreifen. Marschall French wurde nach Konstantinopel geschickt.

Die Wendung in Paris.

Wenn man heute den Lauf der Reparationsfrage wirklich in aller seiner Einzelheiten genau verfolgen will, kann einem bei dem ewigen Hin und Her und Her und Hin zwischen Paris, London, Brüssel und Berlin schon ein wenig schwindlig werden. Kaum sind in einer dieser Städte die Delegierten der Nationen zusammengerufen, um eine Regelung zu finden, so ergibt sich jedesmal, daß man zu einem abgeklärten Ergebnis nicht in der Lage ist, und daß man den ungelösten Rest einer neuen Konferenz in einer anderen Stadt zuschieben muß. Das deutsche Moratoriumsgesuch wurde bekanntlich von der Reparationskommission vor einer ganzen Reihe von Wochen in Behandlung genommen. In einer Abstimmung kam es nicht, und man schickte die Belgier nach Berlin, damit diese mit uns direkt über die Gelder verhandeln sollten, die in der nächsten Zeit ohnedies nur der belgischen Rasse zufließen. Auch diese Verhandlungen führten nicht zum Ziel, und die Belgier legten ihr Mandat in die Hände der Reparationskommission zurück.

So stehen heute die Dinge, und man ist infolgedessen eigentlich wieder am Ausgangspunkt des Kreislaufes angelangt. Immerhin ist ein gewisser Unterschied in der Gesamtsituation zu bemerken. Die Gereiztheit, die bei den ersten Verhandlungen in Paris herrschte und die eben dazu führte, daß man, um eine politische Entscheidung zu vermeiden, die Belgier vor sich her, ist jetzt nicht mehr im gleichen Maße vorhanden. Es hat sich in der Zwischenzeit doch allerlei ereignet, was in Paris eine Stimmungsaenderung bewirkt hat, auf die wir zwar vorläufig keine allzu großen Hoffnungen setzen dürfen, die aber immerhin geeignet erscheint, um ein Gegengewicht gegen plötzliche Wellen des Pessimismus zu bilden, auf denen nur gewöhnlich das Schifflein der Vorsehung ruht. Das ist vor allem der siegreiche Vormarsch der Türken in Kleinasien zu nennen, der den Herren Lloyd George und Poincaré den Kopf mit so schweren Sorgen belastet, daß sie für den Augenblick weniger Lust als sonst haben, eine innereuropäische Krise mit allen ihren nachteiligen Begleiterscheinungen durchzusuchen. Weiterhin ist in der Zwischenzeit der Abschluß des Vertrages zwischen Stimmes und Luberjac erfolgt, dessen Auswirkungen sich vorläufig überhaupt noch nicht vollkommen überblicken lassen, besonders, soweit die politische Seite dabei in Betracht kommt. Hat sich doch Herr Stimmes vor dem Abschluß dieses Vertrages ausdrücklich zugesichert, daß er zur Durchführung der Materiallieferungen für den französischen Wiederaufbau auf eine Entspannung der politischen Atmosphäre rechnen dürfe, in der Gestalt, daß die gegen uns beliebte französische Gewaltpolitik um einige Grade abgedämpft und gemildert werden muß. Die Umkehr in der Politik der sogenannten „Restoration“ im Osten ist bereits die erste sichtbare Wirkung

dieses Eingreifens der Wirtschaftler in den Wirtungsstreis der Politiker gewesen. Man sagt sich aber heute in Paris, daß man die wirtschaftlich vorteilhaften Folgen des Einmischens schwer beeinträchtigen würde, wenn man jetzt die alte Zwangsposition gegen Deutschland fortsetzt.

Wenn die Wirtschaftspolitiker in der Reparationsfrage ein Wort mitreden wollen, so legen sie nur die Hand auf ein Gebiet, aus welchem sie feinerzeit unter den unmittelbaren Nachwirkungen des Krieges ganz gegen Recht und Vernunft verdrängt worden sind. Es muß immer wieder nachdrücklich betont werden, daß die Reparationsfrage eine Lösung mit rein politischen Mitteln überhaupt nicht finden kann, sondern daß dieses für ganz Europa ausschlaggebende Problem nur nach wirtschaftlichen Methoden behandelt werden darf, wenn man überhaupt einmal aus dieser fürchterlichen Kette von Irrungen und Wirtungen herauskommen will. Der frühere italienische Ministerpräsident Nitto hat für die bisherige Art, das Reparationsproblem zu behandeln, eine treffende Formel gefunden, indem er von dem tödlichen Irrtum der Reparationen sprach. Damit ist klar gesagt, daß es für einen Kontinent wie Europa, dessen Länder im engsten wirtschaftlichen Zusammenhang stehen, heute eine Frage der Wiederaufbauleistungen nach dem Muster der Kriegsschadigungen alten Stiles schlechterdings nicht mehr geben kann, sondern daß die Verluste, die ganz Europa durch den Krieg erlitten hat, eben nur dadurch wieder „gutgemacht“ werden können, daß dieses selbe ganze Europa in gemeinschaftlicher Arbeit an seinem Wiederaufbau berangeht.

Wie wenig es heute möglich ist, daß eine einzelne Macht mit gewalttätigen Mitteln zu einem Ziele kommt, welches nicht nur die Vernichtung des Gegners, sondern vor allem auch den letzten Endes doch erhofften Vorteil für den Sieger bringt, zeigt sich jetzt z. B. darin, daß die Franzosen sich nicht etwa infolge eines deutschen Widerstandes, sondern wegen der Mißbilligung der französischen Weisheiten durch die Engländer genötigt sehen, die von ihnen so straffgepannten Saiten doch um einige Drehungen zurückzuführen. Die Engländer, die ihrerseits gar keine Lust haben, ihre militärischen Streitkräfte irgendwie in eine Konflikt mit den französischen U-Booten und Flugzeugen zu bringen, haben ein sehr friedliches, aber recht wirksames Mittel ergriffen, um den Herren in Paris zu zeigen, daß die französischen Weisheiten in London alles andere als Wohlgefallen erregen. In der Londoner City hat man dieser Lage nach dem Bekanntwerden der neuen Schwereigkeiten in der Reparationsfrage erhebliche Mengen französischer Geldes auf den Markt gebracht, so daß die französische Valuta sich daraufhin wieder einmal dem Niedergang der deutschen Mark anschließen mußte. Die französischen Währungsnoten erlitten dadurch starke Kursrückgänge, und dagegen ist man auch bei den höchsten Rebankepolitikern in Paris recht empfindlich.

Sowohl nach der positiven wie nach der negativen Seite hin liegen also für die Franzosen jetzt recht beachtenswerte Gründe vor, den Fogen in der Reparationsfrage nicht zu überspannen, und man glaubt daher bereits, zu der Hoffnung berechtigt zu sein, daß Frankreich, wenn die Reparationskommission mit den deutschen Delegierten in Paris zu einer Verständigung gelangen sollte, dann nicht, wie feinerzeit mit hochblühenden Worten angedroht wurde, zu selbständigen Aktionen gegen Deutschland vorgehen werde. Immerhin wird man zunächst trotz solcher kleinen Lichtblicke in dieser trüben Gegenwart abwarten haben, wie die Reparationskommission sich entscheiden wird. Wir haben ja das Wort gründlich gelernt.

Neuer Notenwechsel.

Der bereits bekannte Beschluß der Belgier, von uns Schatzwechsel und Garantieleistungen zu verlangen, ist bei

Reichsregierung in einer Note mitgeteilt worden, deren entscheidender Satz lautet:

„Die Belgische Regierung bittet die Deutsche Regierung, ihr unverzüglich zwei deutsche Schatzbons, zahlbar in Gold, in einem Betrage von je 50 Millionen Goldmark für die Fälligkeiten vom 15. August und 15. September zuzulassen zu lassen und in der Belgischen Nationalbank 100 Millionen Goldmark als Sicherheit für diese beiden Bons niederzulegen.“

Die Note bestätigt also, daß Belgien sich tatsächlich streng an den Buchstaben der Instruktionen gehalten hat, die es von der Reparationskommission erhielt. Die deutsche Regierung wird auf diese im übrigen in auffälliger höflicherem Tone gehaltene Note ohne weiteren Verzug antworten, die Kabinettsberatungen darüber haben sofort nach dem Eingang der Note eingeleitet. Man nimmt an, daß die Regierung nicht von ihrem bisherigen Standpunkt abweichen kann.

Katzengeld im Ausgleichsverfahren.

Entgegen den Mitteilungen, daß am 15. September die fälligen 30 Goldmillionen für das Ausgleichsverfahren pünktlich bezahlt würden, hat die Reichsregierung der britischen und der französischen Regierung mitteilen lassen, daß erst am 18. September eine weitere Zahlung von 500 000 Pfund Sterling auf die Clearingrate vom 15. August erfolgen wird, das sind vorläufig nur zehn Goldmillionen. Der verbleibende Restbetrag der Clearingrate vom 15. August wird den Alliierten übermittelt werden, sobald es die Verhältnisse zulassen.

Hakenstein geht nach London.

Englische Garantien für unsere Schatzwechsel
Das Reichskabinett hat beschlossen, den Reichsbankpräsidenten Hakenstein zu Verhandlungen mit der Bank von England nach London zu entsenden. Die Verhandlungen sollen sich auf die Frage beziehen, ob die bereits mehrfach erwogene Beteiligung englischer Banken zur Leistung einer Garantie für die deutschen Schatzwechsel nunmehr praktisch erörtert werden kann. Wie verlautet, wird die belgische Note vor dem Abschluß dieser neuen Verhandlungen in London nicht beantwortet werden.

Nach anderen Meldungen wird auch das Eingreifen einer englisch-holländischen Finanzgruppe erwartet, um den Belgiern die verlangten Garantien für unsere Schatzwechsel zu beschaffen. Neben der Garantiefrage steht noch das Problem der Verlängerung der Laufzeit dieser Wechsel zur Debatte. Es wird darüber aus Paris berichtet, daß man dort zwar nicht eine Verlängerung auf 18 Monate, wohl aber auf 12 Monate statt auf die bisher in Aussicht genommenen 6 Monate in Erwägung ziehe.

Der Kanzler mahnt zur Besonnenheit.

Eine Rede zur politischen Gesamtlage.

Auf dem Deutschen Industrie- und Handeltage, der am Donnerstag im ehemaligen Herrenhause in Berlin seinen Anfang nahm, ergriff der Reichskanzler Dr. Brüning das Wort zu folgenden Ausführungen:

„Es ist eine falsche Methode, die Abfolge der politischen Ereignisse mit Krisengerüchten zu begleiten. Mit politischen Krisen wird man in Deutschland weder innen- noch außenpolitische Probleme lösen. Ich bin hergekommen, um hier vor den Vertretern aller deutschen Gane dieses Wort zur Besonnenheit zu sprechen.“

Die Forderung nach Verständigung darf niemals von einem ultimativen Ton begleitet sein, sondern von der Erkenntnis, daß das erste, was es zu retten gilt, die Einheit